

# ROTE LINIEN



1/2023

#12

Kommunistische Stadtzeitung für Tübingen und Reutlingen



**Inhalt** // Klassenkampf statt Sozialpartnerschaft! S. 1 u. 2 // 8. Mai - Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus und Krieg S. 2 // Friedenspositionen aus gewerkschaftlichen Kreisen S. 3 // Kein Knoten für Clara S. 4 // Die heilige Inquisition S. 5 u. 6 // 25.000 € für Kinderklinik „Rosa Luxemburgo“ S. 6 //

## Klassenkampf statt Sozialpartnerschaft!

Vor der dritten Verhandlungsrunde beteiligten sich am 22. März 1.800 Kolleginnen und Kollegen in Tübingen, am 23. März 4.000 in Reutlingen, und bundesweit (laut ver.di) 500.000 Beschäftigte an Warnstreiks. Deutschland liegt bei den Streiktagen weit hinten im Vergleich zu anderen Industrienationen. Trotzdem rufen Kapitalverbände zur „Mäßigung“ auf und fordern von der Politik weitere Einschränkungen des Streikrechts. Auch die Verhandlungsführerin der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA), die Gelsenkirchener Oberbürgermeisterin Karin Welge (SPD), kritisierte die hohe Streikbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen. Sie und Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) - als Adressaten der Lohnforderungen - leiteten die Schlichtung ein, als die Bundestarifkommission von ver.di ihr miserables Angebot einstimmig ablehnte.

Eine große Mehrheit der Bundestarifkommission nahm dann am 22. April die Empfehlung der Schlichtungskommission an. Ihr zufolge sollen 2,5 Millionen Beschäftigte im Juni 2023 eine erste Zahlung in Höhe von 1.240 € erhalten, von Juli 2023 bis Februar 2024 monatliche Zahlungen in Höhe von 220 €, für Auszubildende jeweils die Hälfte. Ab März 2024 soll es einen Sockelbetrag von 200 € geben und zusätzlich eine Erhöhung von 5,5 Prozent. Der Erhöhungsbetrag soll so mindestens 340 € erreichen. Azubis sollen ab März 2024 150 € monatlich erhalten. Die Laufzeit beträgt 24 Monate bis 31. Dezember 2024. Ohne kräftige Warnstreiks hätten die von den „Arbeitgebern“ geforderten „Sonderopfer“ für Kolleginnen und Kollegen in den Sparkassen und im kommunalen Gesundheitsbereich nicht abgewendet werden können.

**Aber: Einmalzahlungen sind nicht tabellenwirksam und sozialversicherungsfrei. Das dauerhafte Lohnniveau wird durch Komponenten in den Tariftabellen bestimmt, nicht über verpuffende Einmalzahlungen, die danach ein für alle Mal weg sind. Auf Einmalzahlungen wird kein Rentenversicherungsbeitrag erhoben und damit auch keinerlei Rentenanwartschaft erworben. Sie bringen also für die Rente keinen Cent.**

„Auch Arbeitgeber sparen ihren Anteil an den Sozialabgaben. Attraktiv ist das Inflationsausgleichsgeld für sie aber vor allem, weil es sich um eine einmalige Leistung handelt, die die Personalausgaben nicht dauerhaft erhöht“, schreibt ein ver.di-Flugblatt. Die Eisenbahngewerkschaft EVG, der man diesen Schlichterspruch als Angebot vorsetzte: „Wir wollen keine Laufzeiten von 24 Monaten oder länger, wir wollen auch keinen Inflationsausgleich. Wir wollen dauerhaft mehr Geld haben ...“

Von einem hohen Mindestbetrag würden die unteren Einkommensgruppen mehr profitieren, um gestiegene Heizkosten und Lebensmittelpreise, aber auch steigende Mieten bezahlen zu können.

Dazu waren die „Arbeitgeberinnen“ nicht zu bewegen. In den Raum gestellt wird die Zahl von 15 Milliarden Euro, die die ver.di-Forderungen angeblich kosten würden (3 Milliarden in Baden-



Württemberg). Aber das wäre ein Klacks gegenüber dem „Sondervermögen“ von 100 Milliarden Euro für die Aufrüstung! Die absoluten Gewinner sind die Rüstungskonzerne! Auch die Energiekonzerne haben eingefahren. Das Vermögen der reichsten 10 Prozent in Deutschland ist weiter enorm gewachsen. Geld ist da!

Besonders bitter für Beschäftigte, die am Ende eines langen Arbeitslebens einfach nicht mehr können oder Familienangehörige pflegen müssen: die Regelungen für Altersteilzeit wurden nicht verlängert.

**Wir wünschen den ver.di-Mitgliedern gute Standhaftigkeit bei der Abgabe ihres Votums bei der Mitgliederbefragung vom 4. bis 12. Mai!**

## 8. Mai

### Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus und Krieg

Auch wir sind der Meinung, dass der 8. Mai offizieller Feiertag werden muss!

Esther Bejarano, Überlebende der KZ Auschwitz und Ravensbrück, Vorsitzende des Auschwitz-Komitees und Ehrenvorsitzende der VVN-BdA, kämpferische Antifaschistin, Kameradin und Genossin, die am 10. Juli 2021 verstarb, hatte im Januar 2020 mit dem Auschwitz-Komitee in einem offenen Brief an die Regierenden unter anderem gefordert:

„Der 8. Mai muss ein Feiertag werden! Ein Tag, an dem die Befreiung der Menschheit vom NS-Regime gefeiert werden kann. Das ist überfällig seit sieben Jahrzehnten. Und hilft vielleicht, endlich zu begreifen, dass der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung war, der Niederschlagung des NS-Regimes. Am 8. Mai wäre dann Gelegenheit, über die großen Hoffnungen der Menschheit nachzudenken: Über Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – und Schwesterlichkeit.“

# Friedenspositionen aus gewerkschaftlichen Kreisen

Mit sehr knapper Mehrheit beschloss die **ver.di-Landesbezirkskonferenz Baden-Württemberg** am 20.03.2023 folgenden Antrag zur Friedenspolitik: „ver.di positioniert sich gegen Krieg, Aufrüstung und Waffenlieferungen. Wir fordern: Abrüstung statt Aufrüstung! Nein zum Sondervermögen! Keine ‚nukleare Teilhabe‘ der Bundesrepublik Deutschland! Nukleare Aufrüstung stoppen! Keine Waffenexporte! Keine Burgfriedenspolitik in der Gewerkschaft! Lohn- und Entlastungsforderungen sind und bleiben legitim und notwendig!“ In der Begründung heißt es: „Krieg, Aufrüstung und Waffenlieferungen stehen einem friedlichen Zusammenleben entgegen. Sie widersprechen dem Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person, wie sie in der UN-Menschenrechtskonvention festgehalten sind. Mit dem russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 scheinen viele Selbstverständlichkeiten in Bezug auf eine friedenspolitische Haltung ins Schwanken zu geraten. Das betrifft gesellschaftliche Debatten, die Haltung politischer Parteien ebenso wie uns als Gewerkschaften. Unter Heranziehung des Arguments, dass es sich beim Ukraine-Krieg um einen Sonderfall handle, wurde ein massives Aufrüstungspaket von 100 Milliarden Euro beschlossen, was die Bundesrepublik zum Land mit dem drittgrößten Militärhaushalt weltweit macht. Zudem ist eine gesellschaftliche Debatte um Waffenexporte unter anderem schwerer Waffen entbrannt – diverse Waffenlieferungen wurden bereits genehmigt. Uns als Gewerkschaften geht die Debatte um Krieg und Krise allerspätestens dann an, wenn gefordert wird, dass Lohn- und andere Forderungen, die wir in Arbeitskämpfen festlegen, angesichts der Krise zurückgestellt werden sollen. Hier heißt es, dass „wir alle“ angesichts der Krise den Gürtel eben etwas enger schnallen müssen. Es fällt schwer zu verstehen, welches „wir“ denn hier gemeint sein soll, wenn Unternehmen weiterhin hohe Dividenden ausschütten. Ein gemeinsames Interesse mit den Arbeitgebern gibt es für uns nicht! Eine Krise ändert nichts an dem fundamentalen Interessengegensatz zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite.“

Im beschlossenen Antrag E 135 des **ver.di-Bundeskongresses 2019** hieß es unter anderem: „ver.di setzt sich für die Einhaltung und Verwirklichung der Menschenrechte ein, wie sie in der Deklaration der Vereinten Nationen niedergelegt sind. ... Krieg als Mittel der Politik lehnt ver.di grundsätzlich ab. ver.di unterstützt alle Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft und ihrer zahlreichen Organisationen, von Regierungen wie Nichtregierungsorganisationen diese Ziele weltweit zu verwirklichen.“ Der Beschluss hält fest, dass „alle Konflikte zwischen den Staaten (...) auf dem Wege der Verhandlung gelöst werden (müssen). Dies muss die Leitschnur deutscher Außenpolitik sein. Darin liegt die gewachsene Aufgabe Deutschlands.“

In dem Aufruf <https://friedenschaffen.net/>, (initiiert von: **Prof. Dr. Peter Brandt**, Historiker; **Reiner Braun**, Internationales Friedensbüro; **Reiner Hoffmann**, ehem. DGB-Vorsitzender; **Michael Müller**, Bundesvorsitzender der Naturfreunde) heißt es: „Unsere Welt ist auf Gegenseitigkeit angewiesen, nur so sind die großen Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen. Entscheidend ist es, die Eskalation des Krieges zu stoppen. Wir ermutigen den Bundeskanzler, zusammen mit Frankreich insbesondere Brasilien, China, Indien und Indonesien für eine Vermittlung zu gewinnen, um schnell einen Waffenstillstand zu erreichen. Das wäre ein notwendiger Schritt, um das Töten zu beenden und Friedensmöglichkeiten auszuloten. Nur dann kann der Weg zu einer gemeinsamen Sicherheitsordnung in Europa geebnet werden.“

Aus dem Redebeitrag von **Prof. Dr. Wolfgang Däubler** beim Ostermarsch 2023 in Stuttgart: „Im Zweiten Weltkrieg sind über 25 Millionen Sowjetbürger gestorben, weil Deutschland die Sowjetunion überfallen hat. Deshalb haben deutsche Waffen für alle Zeiten dort nichts mehr zu suchen, weder in Moskau noch in Kiew. Also keine Waffenlieferungen mehr.“



# Kein Knoten für Clara

Seit 1985 gibt es auf dem Tübinger Herrlesberg eine Clara-Zetkin-Straße und eine Rosa-Luxemburg-Straße - Vorschläge für das Neubaugebiet von der damaligen DKP-Fraktion im Tübinger Gemeinderat.

In den letzten Jahren gab es wiederholt Initiativen – natürlich auch von uns unterstützt –, solche Straßen umzubenennen, die nach einstigen Nazi-Amtsträgern, Antisemiten, Rassisten, Kolonialisten und ähnlich fragwürdigen Personen benannt sind. Beim Aufklären von Hintergründen sollte eine wissenschaftliche Kommission helfen. Die hat sich nun offenbar selbst einen anderen Auftrag verpasst. Man wollte wohl in der Liste der Straßen-Namensgeber/innen um jeden Preis eine „linke“ Persönlichkeit finden (groß war die Auswahl nicht), die man mit diesen Nazis usw. dann irgendwie auf diese Stufe stellen kann. Hauptsache, das Weltbild bleibt heil. Also wer?

Rosa Luxemburg, Mitbegründerin der KPD? Sie wurde 1919 mit Billigung des Reichspräsidenten Friedrich Ebert (SPD) und seines Reichswehrministers Gustav Noske („*Einer muss der Bluthund sein*“) von einem rechten Terrorkommando ermordet, in den Landwehrkanal geworfen. Vollstrecktes Todesurteil, ohne Prozess, Kommt nun

einer und verlangt, die Ebertstraße mit einem „Knoten“ zu versehen?

Also Rosas Freundin Clara Zetkin. O-Ton Landeszentrale für politische Bildung: „*Als eine der bedeutendsten Vertreterinnen der Arbeiterbewegung und der proletarischen Frauenbewegung in Deutschland und Europa kämpfte Clara Zetkin vor allem für die gesellschaftlichen Rechte und für die ökonomische Unabhängigkeit der Frauen. ... Gebrechlich und fast erblindet hielt sie [im Reichstag] 1932 als Alterspräsidentin ihre letzte Rede und rief zur Einheitsfront gegen den Faschismus auf.*“ Aber sie war in Moskau! Sie warnte 1923 nicht nur vor der Gefahr des damals in Italien an die Macht gelangten Faschismus, sondern bejahte auch das Recht der neu gegründeten, von allen Seiten bedrohten Sowjetunion, Konterrevolutionäre vor Gericht zu stellen und Todesurteile auszusprechen. (Heute bei uns abgeschafft, wurden sie in der Weimarer Republik und werden sie in den USA bis heute verhängt.) Die konkreten Urteile, um die es bei dem Vorwurf geht, wurden nicht vollstreckt – auch dafür setzte sich Clara ein. Dass die Kommission die Bücher nicht richtig zitiert, auf die sie sich beruft – auch keine neue Erfahrung.



Karikatur: Arno Neuber

# Die heilige Inquisition

*Björn Blach schreibt in der UZ vom 7. April 2023 über die wissenschaftlich verbrämte Kriegspropaganda eines Tübinger „Ukraine-Experten“ und „den Konsens der Wissenschaft im Angriffskrieg“*

Dass Klaus Gestwa mit fast 60 Jahren Influencer werden würde, hätte er selbst wohl nicht gedacht. Mit fast einer halben Million Klicks war der Direktor des Instituts für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde an der Universität Tübingen gleich mit seinem ersten YouTube-Video erfolgreich: „*Thesencheck: Diese 8 Behauptungen über den Krieg in der Ukraine sind falsch.*“

Seit einem guten Jahr geistert Gestwa als Experte für Russland und die Ukraine durch die Medien. Weder seine Publikationsliste noch die benannten Forschungsschwerpunkte lassen darauf schließen, dass er sich vor 2022 ausführlich mit der Ukraine oder Russland nach der Konterrevolution beschäftigt hätte. Dafür zielt die Startseite des Internetauftritts von Gestwas Institut der Aufruf „Stand with Ukraine“.

Das englische Verb, auf das der „Influencer“ zurückgeht, ist „to influence“, zu Deutsch „beeinflussen“. Genau das möchte Gestwa laut seinem Video tun: Einfluss nehmen, um seiner Meinung nach falsche Auffassungen zum Ukraine-Krieg zu entkräften. Seine Meinung sei die der Wissenschaft, da herrsche weitgehend Konsens, deshalb lägen alle anderen falsch – sie würden bewusst oder unbewusst russische Propaganda verbreiten.

Die bürgerliche Wissenschaft behauptet schon seit Jahrhunderten ihre eigene Objektivität. Die Aufklärung befreite sie nach langem Kampf von der Vorherrschaft der Katholischen Kirche. Selbst als der Kapitalismus seine gesellschaftlich fortschrittliche Funktion verlor und die Wissenschaften in seine reaktionäre Selbsterhaltung einbezog, blieben bestimmte Grundüberzeugungen erhalten. Dazu zählt, dass Ergebnisse belegbar und überprüfbar sein müssen. Aber auch, dass das Prinzip der Wissenschaft der Meinungsstreit ist, also der Dissens.

Gestwas dünne Beweisführung fußt auf einem angeblichen Konsens, der so höchstens

innerhalb der Grenzen der NATO existiert. Jenseits des Wertewestens gibt es differenzierte Einschätzungen, wie nicht zuletzt der chinesische Friedensplan zeigt.

Das bringt Experte Gestwa gleich nach drei Minuten ins Stottern. Die NATO-Osterweiterung sei lange kontrovers diskutiert worden. „Weil man auch im Blick hatte, dass sich Russland dadurch vielleicht etwas ähm ... ehm ... etwas echauffieren würde.“ Er erkennt also an, dass mit der Osterweiterung die Sicherheitsinteressen Russlands berührt wurden. Deshalb habe es die NATO-Russland-Grundakte gegeben. Dass diese vom Westen immer wieder unterlaufen wurde, muss auch Gestwa zugeben. Vereinbart war etwa, nie mehr als 5.000 Soldaten in den Beitrittsländern zu stationieren. Seit 2014 seien es nie mehr als 8.000 gewesen, gesteht der Experte ein. Es sei zwar 2007 vorgeschlagen worden, die Ukraine in die NATO aufzunehmen, dagegen habe es aber ein Veto unter anderem aus Deutschland gegeben. Vom Tisch war der Beitritt damit jedoch nicht. Gestwa weist darauf hin, dass eine spätere NATO-Mitgliedschaft der Ukraine explizit offen gelassen wurde.

Laut Gestwa handelt es sich in der Ukraine um eine unabhängige europäische Demokratie. Der Euromaidan 2014 sei „die größte demokratische Massenbewegung in Europa seit 1989“ gewesen. Das ärmste und korrupteste Land Europas, das seit Jahren am Finanztropf des IWF hängt, in dem der russischsprachige Teil der Bevölkerung seit 2014 unterdrückt wird, inzwischen keinerlei Opposition mehr zugelassen ist und dessen Präsident ein Komiker ist, der von einem Oligarchen gesponsert wird. Hervorgegangen aus einem Putsch, den auch bürgerliche Medien so nannten, mit massiver Unterstützung von Faschisten. Die gut dokumentierten faschistischen Ausfälle verschweigt der Experte ebenso wie die Kritik Israels am Staatskult um den Nazikollaborateur Stepan Bandera.

**Am interessantesten an Gestwas Propagandashow ist das, was er nicht sagt. Er schafft es, 45 Minuten über die Ukraine zu sprechen, ohne ein Wort über das völkerrechtlich verbindliche Abkommen Minsk II zu verlieren.** Möglich, dass es nicht in den Konsens der Wissenschaft des Experten passt, hat die westliche Seite doch inzwischen offen eingestanden, dass das Abkommen nichts weiter als Fake-News für Russland war.

Bleibt zum Schluss noch eine Bemerkung zu Gestwas Sprache. Er bedient sich aller gängigen NATO-Narrative und der Spielregeln für

Propaganda, insbesondere wenn es um den russischen Präsidenten Wladimir Putin geht. Der veröffentlicht etwa „Traktate“ und wird durchweg als Diktator mit persönlichem Minderwertigkeitskomplex beschrieben.

Mit seinem soliden Antikommunismus, seinem Russenhass und dem Hang zur Kriegstreiberei wäre Gestwa besser in einer Neuauflage der heiligen Inquisition aufgehoben als an einer Universität – oder die deutschen Universitäten sind schon längst zu Stützpunkten des Opus Dei der NATO geworden.



**Solidarität mit Kuba!**

**Wirtschaftskrieg  
und US-Blockade  
gegen Kuba beenden**

**DKP**



## **25.000 Euro für Kinderklinik „Rosa Luxemburgo“**

Die DKP hat mit der Kommunistischen Partei Kubas vereinbart, die Digitalisierung des Lehrzentrums an der Klinik „Rosa Luxemburgo“ mit 25.000 Euro zu unterstützen.

Die Kinderklinik wurde am 18. September 2002 in Cárdenas in der Provinz Matanzas eröffnet. Eine ehemalige Schule wurde mit DKP-Unterstützung umgebaut. In der Tagesklinik werden jährlich 9.000 junge Patientinnen und Patienten behandelt. Entwicklungsstörungen sollen frühzeitig erkannt werden. Bei der umfassenden Reha-Behandlung steht die Erlangung von Sozialkompetenzen im Mittelpunkt. Kinder mit Behinderun-

gen sollen sich nützlich fühlen können, ihre Entwicklungsmöglichkeiten auskosten und als gleichwertiger Teil der Gesellschaft anerkannt werden. Die wissenschaftliche Arbeit der Klinik strahlt auf ganz Kuba aus. Ihre internationalen Kurse erfreuen sich regen Besuchs. **Diese wichtige Einrichtung soll zukunftsfähig gemacht werden - mit Computern, Netzwerktechnik und Servern.**

**DKP-Parteivorstand**

GLS-Bank

IBAN: DE63 4306 0967 4002 4875 01

Verwendungszweck: „Kuba-Solidarität“

**Impressum** // Herausgeber: Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Tübingen/Reutlingen // V.i.S.d.P.: Birgit Hoberg, Völkerweg 14, 72072 Tübingen// E-Mail: [dkp-tuebingen@gmx.de](mailto:dkp-tuebingen@gmx.de) //